

löst, weil man es als einseitigen, allein an Großbritannien gerichteten Schritt betrachtete.

Die offizielle Erklärung der Kirche vom August 1984 wurde in Peking durchaus positiv aufgenommen. Zudem zeigten chinesische Funktionäre auch in den Gesprächen mit den Abgesandten der Kirche Hongkongs Verständnis für deren Position und versuchten, die Bedenken der katholischen Seite zu zerstreuen. Hoffnungsvolle Ansätze für eine Verständigung sind somit durchaus gegeben, doch sichert dies noch keineswegs endgültig ein ungehindertes Kirchenleben für die Zeit nach 1997. Darüber hinaus wird die Absicherung nach außen nur dann von Erfolg sein, wenn zugleich der innere Zusammenhalt der Kirche gestärkt wird.

Man bemüht sich deshalb in zahlreichen Initiativen um Intensivierung des Kirchenlebens. Im Februar 1984 wurde z. B. ein umfangreiches *Fortbildungsseminar für den Klerus* veranstaltet, das Problemen der internen Zusammenarbeit kirchlicher Stellen, der besseren Ausbildung von Laien und der gesellschaftspolitischen Arbeit gewidmet war. Während dieser Zeit übernahmen erstmals 100 Laien als Stellvertreter der abwesenden Priester bestimmte Aufgaben innerhalb der Gemeinden (Abhaltung von Gebetsgottesdiensten, Austeilung der Kommunion usw.). Dies war ein äußerst bedeutsamer Schritt zur engeren Einbindung von Laien in die pastorale Arbeit, zumal sich die Mitarbeit der Laien nach 1997 u. U. als überlebensnotwendig erweisen könnte. Darüber hinaus fördert man das gesellschaftliche und politische Engagement der Laien. So beschlossen im August 1984 elf katholische Organisationen, sich intensiver am politischen Leben zu beteiligen und etwa die Kandidatur von Katholiken bei den für März 1985 angesetzten Wahlen zu den Distrikt-Räten zu unterstützen (UCA News, 29. 8. 84).

Die Kirchenführung versucht im übrigen, ihre Bemühungen zur Sicherung der Religionsfreiheit *mit den anderen*

Glaubensgemeinschaften abzustimmen. Bedauerlicherweise kam jedoch eine geplante gemeinsame Erklärung von Katholiken und Protestanten nicht zustande. Sie scheiterte wahrscheinlich daran, daß Vertreter der Protestanten nicht bereit waren, einen Passus über die Beziehungen der katholischen Kirche zum Vatikan in das Dokument aufzunehmen.

So gaben schließlich am 31. August 1984 Repräsentanten von 200 protestantischen kirchlichen Gemeinschaften eine eigene, an die Regierung in Peking gerichtete Erklärung heraus. Im Namen der etwa 250 000 Protestanten äußerten auch sie eine gewisse Besorgnis, daß die Religionsfreiheit nach 1997 eingeschränkt werden könnte. Auch sie unterstrichen, daß das Recht zur freien Wahl des Glaubensbekenntnisses ein elementares Menschenrecht sei. Zugleich sprechen sie die Hoffnung aus, es werde den Gemeinden trotz allem weiterhin möglich sein, sich frei zu entfalten, zumal die vielfältigen Aktivitäten der Kirchen zum Gemeinwohl beitragen (UCA News, 5. 9. 84).

Intern werden die Aussichten für die Zukunft von manchen Protestanten allerdings noch pessimistischer beurteilt als von katholischer Seite. Gerade evangelikale Gruppen streng antikommunistischer Prägung fürchten, daß für die Religionsgemeinschaften schwere Zeiten anbrechen. Viele Protestanten wie Katholiken beklagen zudem, daß nicht alle Christen die Herausforderung der Zukunft erkennen und sich zu passiv verhalten.

Das Engagement der Gläubigen dürfte aber wesentlich darüber entscheiden, welche Perspektiven das Christentum in Hongkong besitzt. Setzt man eine derartige Einsatzbereitschaft voraus – und setzt man zugleich voraus, daß sich die chinesische Seite voll und ganz an die Vereinbarungen hält –, dann wird die Kirche in Hongkong auch nach 1997 trotz erschwelter Umstände weiterhin ihren Auftrag erfüllen können.

Peter Drews

Kurzinformationen

Als Ersatz für ein nicht zustande gekommenes Friedensgutachten hat der Rat der EKD sechs Expertenbeiträge zur politischen Friedensförderung vorgelegt. Die von der EKD mit der Erstellung eines die Friedensdenkschrift vom Herbst 1981 aktualisierenden Gutachtens beauftragten Wissenschaftler konnten sich nicht auf gemeinsame Empfehlungen für politische Optionen einigen. Sie wurden daraufhin vom Rat gebeten, in eigener Verantwortung Analysen zu Teilproblemen vorzunehmen. Die jetzt vorgelegten Beiträge (erschieden unter dem Titel: „Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse“ im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn) stammen von den Professoren Klaus Ritter, Klaus von Schubert, Klaus von Beyme, Karl Kaiser, Rainer Tetzlaff und Jost Delbrück. Klaus Ritter macht kritische Anmerkungen zur neueren Friedensdis-

kussion und weist dabei auf die Gefahr hin, in den Sog von Aktualität zu geraten, in der „die Komplementarität der je notwendigen Aufgaben von politischer Praxis, auf Paradigmenwechsel drängender Bewegung und Kirche unterzugehen droht“ (S. 31). In seinem Beitrag insistiert von Schubert darauf, die Probleme von Kernwaffen, Abschreckung und Militärstrategie so zu diskutieren, daß der Primat des Politischen über das Technische zum Ausdruck komme. Karl Kaiser zeigt sich skeptisch gegenüber den Vorschlägen, die Gefahr eines Nuklearkriegs durch Einfrieren der Atomwaffen oder durch Abmachungen über den Nichterstgebrauch vermindern zu wollen. Rainer Tetzlaff empfiehlt in seiner Analyse der Ursachen von Nord-Süd-Konflikten der Bundesrepublik eine „aktive Politik der Zurückhaltung“ gegenüber der Wiederbele-

bung von Kalten-Kriegs-Konzeptionen für den Einsatz militärischer Interventionsmittel in Krisengebieten der Dritten Welt. Der abschließende Beitrag von *Jost Delbrück* beschäftigt sich mit dem Problem einer internationalen Friedensordnung als rechtlicher und politischer Gestaltungsaufgabe.

Im Vorfeld der französischen Kantonalwahlen vom 10. und 17. März sprachen sich verschiedene kirchliche und religiöse Gruppen und amtliche Vertreter gegen den Rassismus aus. Ohne daß zumeist der Front National, die Partei des rechtsextremen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, *Jean-Marie Le Pen*, ausdrücklich genannt wurde, ging es im wesentlichen um die Auseinandersetzung mit dessen, wie die Wahlen wieder einmal gezeigt haben, nicht ohne Erfolg vorgetragenen Thesen. Der Erzbischof von Paris, Kardinal *Jean-Marie Lustiger*, erinnerte in einer Predigt daran, daß alle Menschen vor Gott gleich seien, Bewohner einer letztlich Gott gehörenden Erde (La Croix, 7. 3. 85). *Jacques Gaillot*, Bischof von Evreux, bezeichnete den Rassismus in einem Zeitungsartikel als unvereinbar mit dem Evangelium. Die Opfer der Wirtschaftskrise besäßen eine Würde, die zu respektieren sei. In einem Interview mit einer kommunistischen Wochenzeitung meinte der Bischof von Grenoble, *Gabriel Matagrín*, man lebe in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft, einen Weg dahinter zurück gebe es nicht. In Teilen Frankreichs kam es zu gemeinsamen Erklärungen religiöser Gemeinschaften, so in Tours von Katholiken, Reformierten, Orthodoxen und Juden, darunter der Erzbischof von Tours, *Jean Honoré* (Le Monde, 6. 3. 85), sowie von Katholiken, Lutheranern und Juden im Raum Belfort, darunter der Bischof von Belfort-Montbéliard, *Eugène Lecrosnier* (S. N. O. P., 27. 2. 85). Die von Le Pen vertretenen politischen Forderungen stellen für die Kirche vor allem deshalb eine Herausforderung dar, weil Le Pen den Eindruck zu wecken versucht, er stehe auf der Basis des christlichen Glaubens. In einer Erklärung verschiedener kirchlicher Gruppen und Einrichtungen sowie einer Reihe von Einzelpersonen, u. a. Vertretern der *Mission de France*, wird vor einer Perversion der evangelischen Botschaft gewarnt, auf die sich der Front National stütze (La Croix, 7. 3. 85). Le Pen empfiehlt demgegenüber den Bischöfen, sich um das zu kümmern, was sie etwas angehe. In dem Zusammenhang hält er ihnen vor, daß Fragen wie der Katechismus, die traurige Situation des Glaubens und der religiösen Praxis, der geistlichen Berufungen sie zu mehr Bescheidenheit hätten bewegen müssen (La Croix, 9. 3. 85).

Für eine politische Lösung der Konflikte in Mittelamerika und gegen militärische Hilfeleistungen der USA an die Regierung von El Salvador und die antisandinistischen Guerrilleros in Nicaragua hat sich eine US-amerikanische Bischofsdelegation ausgesprochen, die Ende Februar / Anfang März auf Einladung der nationalen Bischofskonfe-

renzen Nicaraguas und El Salvadors besuchte. Der Delegation gehörten der Erzbischof von New York, *John J. O'Connor*, der Erzbischof von Chicago, Kardinal *Joseph Bernardin*, Erzbischof *James A. Hickey* von Washington und zwei weitere Bischöfe an. Die Delegation traf in Nicaragua mit Bischöfen und Priestern, darunter nordamerikanische Missionare, und auch mit Präsident *Daniel Ortega* zusammen. Dabei wurden unterschiedliche Einschätzungen der Gesprächspartner deutlich: Während Erzbischof O'Connor die Linie der amerikanischen Bischofskonferenz vertrat und die militärische Unterstützung der Rebellen durch die USA scharf verurteilte („Die Kirche gesteht es keiner Regierung zu, Geld einzusetzen, mit dem auch Frauen und Kinder getötet werden“), erklärte der Sprecher der Erzdiözese Managua, *Bismarck Carballo*, die amerikanischen Bischöfe seien oft schlecht informiert über die Lage in Mittelamerika. Man wolle versuchen, ihnen die Enttäuschung des nicaraguanischen Volkes über die sandinistische Politik klarzumachen. Die nicaraguanischen Bischöfe haben bisher beharrlich zu den Angriffen der „Contras“ und deren Unterstützung durch die USA geschwiegen. Erzbischof O'Connor berichtete nach den Gesprächen in Managua, die sandinistische Regierung wünsche bessere Beziehungen zu den Bischöfen des Landes sowie zu der amerikanischen Regierung; die Kirche Nicaraguas fordere ihrerseits größere Bewegungsfreiheit und einen engeren Kontakt zum Volk. Anfang März erklärte Kardinal Bernardin in Chicago, Präsident Ortega habe die amerikanischen Bischöfe gebeten, zwischen der Sandinistenjunta und der amerikanischen Regierung zu vermitteln. Zum gleichen Zeitpunkt verlängerte die Regierung in Managua die Aufenthaltserlaubnis für 300 ausländische Priester um zwei Jahre. Junta-Sekretär *Rodrigo Reyes* gab bekannt, die Regierung habe Kontakt zur katholischen Kirche aufgenommen, um die gespannten Beziehungen zu verbessern. Nach Gesprächen mit Vertretern von Kirche und Regierung in El Salvador vertrat Kardinal Bernardin die Auffassung, die von Präsident Napoleón Duarte erbetene militärische Unterstützung für El Salvador solle möglichst „bescheiden“ ausfallen. Der Kardinal bezeichnete Duarte als einen „sehr aufrichtigen Mann“, der die Demokratie wolle, aber von der extremen Rechten wie der extremen Linken bedrängt werde. Der Erzbischof von San Salvador, *Arturo Rivera Damas*, wertete den Besuch der amerikanischen Bischöfe als eine Hilfe, die Situation in El Salvador zu verstehen und so die Bevölkerung und die Regierung der USA aufzuklären.

Überraschend positiv haben sich in letzter Zeit Kirchenvertreter über die Lage der Kirche in Kuba geäußert. Der Generalsekretär des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, Bischof *Darío Castrillón Hoyos*, erklärte nach einem einwöchigen Aufenthalt Ende Februar, die Kirche in Kuba sei „eine lebendige Kirche, in der die Gläubigen zutiefst nach ihrem Glauben leben und gemeinsam mit ihren Bischöfen eine Familie von Freunden und Brüdern bil-

den“. Während eines Besuchs US-amerikanischer Bischöfe einen Monat zuvor hatte der Apostolische Nuntius in Kuba, Erzbischof *Giulio Einaudi*, erklärt, in Kuba gebe es keine Kirchenverfolgung. Auch der Erzbischof von Havanna, *Jaime Ortega*, sprach von „zunehmend besseren Möglichkeiten für einen Dialog“ mit der kubanischen Regierung. Die Einschätzung der amerikanischen Bischöfe fiel vorsichtiger aus. Der Leiter der Delegation und Vorsitzende der Bischofskonferenz der USA, Bischof *James Malone*, berichtete nach einem Gespräch mit Staatschef *Fidel Castro* über dessen Bereitschaft zu einem „vertieften Dialog“ mit der katholischen Kirche, hob aber auch hervor, die Delegation habe ihm die Sorgen der kubanischen Kirche vorgetragen. Ein weiteres Mitglied der Delegation, Erzbischof *Patrick Flores* von San Antonio/Texas, äußerte

sich skeptisch über die „antiklerikale, nur ihre eigene Mission verfolgende Haltung der Regierung gegenüber der Kirche“. Castro habe eine Wiedereröffnung der seit der Revolution geschlossenen Privatschulen abgelehnt. Für den kubanischen Staatschef gebe es nur eine arme und eine reiche Klasse, und die Kirche habe in der Vergangenheit stets auf der Seite der Reichen gestanden. Vermutlich wurde auch über einen *Besuch Papst Johannes Pauls II.* gesprochen, der mehrfach sein Interesse gezeigt hat, auch nach Kuba zu reisen. Nach einer Meldung der kubanischen Nachrichtenagentur *Prensa Latina* hat Fidel Castro den Wunsch nach einem Gespräch mit dem Papst „entweder in Kuba oder in Rom“ geäußert. Vatikanischen Informationen zufolge liegt jedoch keine formelle Einladung nach Kuba vor.

Bücher

Handbuch der Marienkunde. Herausgegeben von Wolfgang Beinert und Heinrich Petri. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1984. 1042 S. 82,- DM.

Erstmals seit dem Ende des „Marianischen Jahrhunderts“ zwischen 1850 und 1960 liegt jetzt ein umfassendes Handbuch der Marienkunde vor. Das thematische Spektrum des Bandes reicht von den neutestamentlichen Zeugnissen über Maria bis zu ausgesprochenen Kuriosa wie den in Zusammenhang mit Maria gebrachten Blumen. Dazwischen finden sich Beiträge über die Entwicklung der theologischen Aussagen über Maria und der Marienfrömmigkeit von der Väterzeit bis zur Gegenwart, über Herkunft, Sinn und Grenzen der dogmatischen Aussagen über Maria, über marianische Gebetsformen und über Maria in der Liturgie. Von den Marienerscheinungen wird ebenso gehandelt wie von der marianischen Spiritualität religiöser Gruppierungen; das Thema Maria in der bildenden Kunst ist ebenso vertreten wie die Marienverehrung in der Musik. Besonders ausführlich geht das Handbuch auf die Marienwallfahrten ein. Auch der Schritt über den katholischen Zaun wird gewagt, mit einem Beitrag über Maria und die Ökumene und vor allem mit einem Überblick zur Auseinandersetzung mit der Mariengestalt in der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts. Der dickleibige, mit einer umfangreichen Gesamtbibliographie und ausführlichen Registern versehene Band bietet eine Fülle von Informationen und wird schon deshalb in Zukunft zum unentbehrlichen Handwerkszeug für jeden gehören, der sich mit dem komplexen Phänomen der Deutung und Verehrung Marias gründlicher auseinandersetzen möchte. In seiner Grundhaltung hält das Werk in etwa die Mitte zwischen marianischem „Maximalismus“ und „Minimalismus“, wobei die Akzente natürlich je nach Autor und behandeltem Gegenstand unterschiedlich gesetzt werden. In manchen Fällen hätte etwas mehr kritische Distanz sicher nichts geschadet. U. R.

ADOLF EXELER. Jungen Menschen leben helfen. Die alten und die neuen Werte. Verlag Herder, Freiburg – Basel – Wien 1984. 256 S., 26,80 DM.

Der Glaube, wie ihn Christen in der Bibel lernen, besteht aus mehr als nur Ethik – auch wenn für manchen Zeitgenossen die Ethik als der plausibelste Weg erscheint, heute noch den Glauben an nachwachsende Generationen weiterzugeben. Wegen dieses Mißverständnisses geht es jedoch nicht an, die ethische Dimension des Glaubens zu vernachlässigen. Der im Sommer 1983 wenige Tage nach Abschluß des Manuskripts unerwartet verstorbene Münsteraner Pastoraltheologe Adolf Exeler stellt seinen Zugang zur Frage eines neuen Ethos vor. Er meint damit kein christliches Spezialethos, sondern das „Ethos universaler Solidarität“, für das der christliche Glaube zwar nicht allein verantwortlich zeichnet, zu dem er jedoch einiges beizutragen hat. Ohne daß in ihm nun unkritisch einer Dynamisierung der Werte das Wort geredet würde, an dem Entwurf fällt auf, daß er nicht in den Chor derjenigen einstimmt, die überall nur einen als negativ und geradezu traumatisch erlebten Zerfall der Werte erblicken, sondern von einem in vielerlei Hinsicht ambivalenten Wertewandel ausgeht. Diese aufs Ganze gesehen gelassene Haltung erreicht Exeler vor allem durch seine historische Sichtweise eines Wertewandels, den er vom adligen über das bürgerliche und sozialistische Ethos bis zum Punkt verfolgt, an dem er Anzeichen vorstellt, die auf die Herausbildung eines Ethos universaler Solidarität verweisen. Inwieweit dieses Ethos einmal bestimmend wird in Erziehung wie Politik, bleibt jedoch eine große Frage. Ohne Übertreibung wird man Exelers Sicht über manche Strecken geradezu „optimistisch“ nennen können. Er traut den im Buchtitel apostrophierten „jungen Menschen“ etwas zu. Im übrigen ist die Frage nach den alten und den neuen Werten natürlich keine, die ausschließlich die Jugend beträfe. K. N.